

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Vollstreckungskonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4506**

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen.

Kommunisten-Demonstration im Berliner Stadtparlament.

Berlin, 7. Januar. (L.-M.) In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag: wegen der Maßnahmen anlässlich des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks eine Deputation der Arbeiter zu den Verhandlungen zuzulassen, zu großen Vorfällen und wüsten Schimpfereien auf den Tribünen. Die Wut der Tribünen richtete sich besonders gegen den mehrheitssozialistischen Stadtverordneten Hirsch, dem man zurief: „Hirsch, wir holen dich heute, du Schuft; schlagt den Juden tot.“ Nach der Ablehnung des kommunistischen Antrages wurde der Stempel auf der Tribüne so geräuschvoll, daß der kurz vorher zum Stadtverordnetenvorstandenden wiedergewählte Dr. Wenf die Räumung der Tribünen anordnete und die Sitzung für unterbrochen erklärte. Die Besucher der Tribüne machten jedoch keine Miene, ihre Plätze zu verlassen. Die Tribünenbesucher begannen vielmehr mit neuen Schimpfereien und mit der Ablehnung der Internationale. Als das Lied zu Ende war, lehrte wiederum eine große Schimpferei ein. Hierauf stimmten die kommunistischen Stadtverordneten, die allein im Saale geblieben waren, ihrerseits die Internationale an. Adolf Hoffmann erklärte den Tribünenbesuchern, daß, wenn erst die Kommune da wäre, sie im Saale sitzen würden. Die Kommunisten wandten sich auch gegen die Pressevertreter und ein Besucher erklärte: Wenn diese Vagabunden nicht wären, ständen die Arbeiter anders da. Zuerst mußte man den Pressevertretern die Tische vollhauen. Auf Beschluß des Sekretariats wurde, um den Schmähungen der Tribüne zu entgegen, später die Stadtverordnetenversammlung in den Bürgeraal verlegt.

Berlin, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Trotz der Unterstützung des kommunistischen Stadtverordneten Ad. Hoffmann, seinen Einfluß auf die Tribünenbesucher insoweit geltend zu machen, daß irgend welche Zwangsmassnahmen gegen diese durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung unmöglich würden, kam es gestern wieder zu Tumulten.

Es erscheint angebracht, auch einmal die Ansicht der bürgerlichen Presse über diese Vorgänge zu hören. Der Sozial-Anzeiger schreibt darüber: Das Unfasslichste, gestern in der 1. Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre wurde Ergebnis, die Besucher der Tribüne langten gemeinsam die Internationale und die Versammlung mußte das Feld räumen, um notdürftig ihr Arbeitsprogramm im Bürgeraal des Rathauses zu beenden. Ehe es zu dieser Demonstration kam, hätte es ohneir schon reichlich Grund gegeben, die Tribüne räumen zu lassen. Aber erst spät entschloß sich der Vorsteher Dr. Wenf zu dieser Maßnahme die dann nur einen Mißerfolg hatte. Die Mehrheit hatte es abgesehen, ohne weiteres dem kommunistischen Antrag zuzustimmen, nach dem keiner von den 33 Elektrizitätsarbeitern gemahregelt werden dürfe. Weil dieser Antrag ins Wasser fiel, erhob sich wüster Lärm auf der Tribüne. Es ist unmöglich, das Sortiment von Schimpfworten wiederzugeben das man hier zu hören bekam. Eine ganze Weile hörte es sich der Vorsteher an, doch bald rief auch die Gebuld, er gab die Anweisung, die Tribüne zu räumen, aber niemand achtete sich daran. Ein höhnisches Gelächter war die Antwort, und im Tempo erscholl es von oben, man denke nicht daran, zu gehen. Was nun tun? Die Versammlung stob auseinander und die Tribünenbesucher blieben auf ihren Plätzen. Draußen im Foyer diskutierten man eifrig, was geschehen sollte. Ad. Hoffmann, der sich für die Ruhe auf der Tribüne verbürgt hatte, sollte hinausgehen und die Besucher beruhigen. Adolf lehnte ab. Dagegen rief er seinem früheren Kollegen Wenf, die Sitzung wieder zu eröffnen, „denn jetzt haben die Leute sich schon ruhig verhalten“. Wenf blieb fest. Er berief das Sekretariatskollegium zusammen, um über die Weiterbehandlung des Falles zu beraten, zu einem Beschluß kam es aber nicht. Die Sicherheitspolizei konnte nicht geholt werden, denn die MSP. hatte ja mit beschlossen, daß sie nicht das Rathaus betreten dürfe. Die Diener waren nicht in der Lage die Tribüne mit Gewalt zu räumen. Die Situation war kritisch, im Saal nur wenig Stadtverordnete, die Tribüne gerappelt voll und immer hörte man wüsten Geschimpfe: „Der Kerl“, gemeint war der ehemalige Minister Hirsch, „gehört auf die Guillotine, ihr alle seid Lumpen und Verräter.“ Eine Stunde dauerte die Pause. Als die Tribüne sah, daß die Sitzung keinen Fortgang nahm, entschloß sie sich endlich zu gehen. Plötzlich stimmte jemand die Internationale an, und im selben Augenblick stimmte der ganze Chor ein, alle Beser wurden gelungen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale gingen die Leute dann herunter.

In der Sitzung selber wurde der Genosse Wenf als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung gewählt. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag, der Magistrat möge den Beschluß der Versammlung, daß jede Maßregelung zu unterbleiben habe, restlos durchzuführen, und das Schlichtungsverfahren rückgängig machen, mit 110 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Die Entwaffnungs-Konferenz.

Der Londoner Korrespondent des Matin meldet, daß die Pariser Konferenz vom 10. Januar folgende Tagesordnung haben werde:

1. Verminderung der Rüstungen Deutschlands.
2. Die Frage der Reichswehr.
3. Frage der Sicherheits- und Ordnungspolizei.
4. Frage der Einwohnerwehren (Ordnung und andre freiwilligen-Organisationen).
5. Beschränkung der Armierung der Festungen.
6. Auslieferung der Geheimnisse bezüglich der Erzeugung von Explosivstoffen und giftigen Gasen.

In allen Fragen seien die Regierungen Englands und Frankreichs einig, nur in der Frage der Ordnung, bezw. der Einwohnerwehren neige England dazu, die Frist für die Auflösung der Wehren zu verlängern, damit Deutschland in der Lage sei, den bolschewistischen Ansturm nach Westen abzuwehren. Deshalb will England die allmähliche Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren in Fristen von 3 zu 3 Monaten, so daß sie innerhalb 9 Monaten verschwunden wären.

Amerika soll den Standpunkt Englands teilen. Eine Washingtoner Meldung, die über Paris kommt, das amerikanische Staatsdepartement habe nach Paris mitteilen lassen, daß es geneigt sei, für eine allmähliche Entwaffnung Deutschlands nach Maßgabe seiner inneren Verhältnisse einzutreten. Die amerikanische Regierung werde protestieren, wenn eine militärische Befehung wegen nicht wörtlicher Durchführung der Bestimmungen von Spa vorgenommen werden sollte. — Es ist nicht recht ersichtlich, wie Amerika diesen Einspruch begründen will, da es sich ja von der Ausführung des Versailler Vertrages zurückgezogen hat. Die Forderung der allmählichen Entwaffnung wird den bayerischen Reaktionen nicht viel angenehmer sein, als die sofortige Entwaffnung. Die Schwierigkeiten für die Reichsregierung werden durch diesen Vorschlag kaum vermindert, es müßte denn sein, daß die Ordnung in Ritzge loszuschlagen gedenkt. Daß die Lage Deutschlands durch dieses von England gewünschte Zugeständnis durchaus nicht gebessert wird, ergibt sich aus dem Umstand, daß die Ententemächte auf anderen Gebieten sich schädlos halten wollen. Die Wiederherstellungskommission hat bereits einen Vorschlag zur Verschlechterung des Kohlenabkommens von Spa ausgearbeitet, wonach die Lieferung erhöht werden sollte, während die Prämie von 5 auf 2 Goldmark herabgesetzt werden soll. Es liegt auf der Hand, daß Frankreich bei diesen Forderungen um so hartnäckiger sein wird, je mehr die deutsche Regierung sich den Forderungen auf Entwaffnung der Einwohnerwehren widersetzt. Das deutsche Volk wird auf alle Fälle die Ordeschpolitik der Reichsregierung mit neuen Leiden und Kosten zu bezahlen haben. Am der Interessen der Gegenrevolution wollen werden die Interessen des deutschen Volkes von den Eiserischen mit Füßen getreten.

Der Verzicht auf die Befehung des Ruhrgebiets ist dabei auch nicht etwa endgültig, sondern ist nur bedingungsweise ausgesprochen, außerdem will England neue Zwangsmassnahmen vorschlagen, die nicht minder wirksam wie die militärische Befehung sind, die also das Reich in ähnliche Gefahren wie die Abschneidung des Ruhrreviers bringen müssen.

Konstantin gleich Benizelos.

Berlin, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Korrespondent des Berliner Tageblatts meldet aus Athen: Das neue griechische Parlament eröffnete König Konstantin, stürmisch begrüßt, mit der Vorlesung einer Botschaft, die von dem Glück sprach, daß das Volk ihn so liebe, und von der Anerkennung und dem Wohlwollen der Alliierten gegenüber dem Reich der Griechen. Der König sagte dann, die feste Entschließung des griechischen Volkes für das ideale Zusammenarbeiten mit den Großmächten würde dem allgemeinen Interesse dienen und zur Befestigung der ausgezeichneten Beziehungen mit den Alliierten führen. Das Parlament werde dem Kampf in Kleinasien einen neuen Impuls geben und eine Politik realisieren, die von den alliierten und den griechischen Interessen geführt werde.

Ob Konstantin oder Benizelos, der imperialistische Raubzug in Kleinasien geht weiter.

Ein deutscher Vertreter in Moskau.

Berlin, 6. Januar. (L.-M.) Gestern ist ein Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes nach Moskau gereist, um dort Deutschland in der Kriegsgefangenenzentrale zu vertreten. Die wichtige Mission ist einem bisherigen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, Dr. Paul Staehler, übertragen worden, der sich früher längere Zeit in Russland aufgehalten hat. Dr. Staehler wird auch Gelegenheit nehmen, über die wirtschaftlichen Verhältnisse im bolschewistischen Russland zu berichten.

Die Wiedergeburt des Kapitalismus in Russland.

Was Karbide, unbefangene und vom Siegestaumel augenblicklicher Erfolge unbestochene sozialistische Theoretiker von der Bedeutung eines Karl Kautsky und eines Otto Bauer vom Beginn der bolschewistischen Revolution an vorausgesehen haben, beginnt sich zu erfüllen: Die bolschewistische Organisation der Wirtschaft, die niemals eine sozialistische gewesen ist, ist auch unvermeidlich, zum Sozialismus zu führen, sondern muß in irgendeiner Form zur kapitalistischen Wirtschaftsorganisation zurückführen.

Daß das russische System kein wahrhaft sozialistisches ist, sondern im besten Fall eine Verbindung von bäuerlicher Privatwirtschaft mit industrieller Staatswirtschaft darstellt, kann heute nur noch von jenen kommunistischen Kämpfern geleugnet werden, die die von Sinowjew aufgestellten Vorbedingungen, Marx nicht gelassen zu haben, getreulich erfüllen. Für den Marxismen hingegen ergibt sich folgendes Bild der russischen Wirtschaft: Die breite Grundlage der Wirtschaft bildet wie seit jeher in Russland die Landwirtschaft, in der vier Fünftel des russischen Volkes beschäftigt sind. Diese vier Fünftel wurden durch die bolschewistische Revolution befreit, das heißt zu privatwirtschaftlich arbeitenden und geübten Besitzern von Grund und Boden gemacht. Alle Versuche, dieses wichtigste Ergebnis der Revolution aus der Welt zu schaffen, sind ebenso mißlungen wie die, es zu leugnen oder zu verschleiern. Es ist nicht gelungen, die Bauern zu kommunistischer oder auch nur genossenschaftlicher Wirtschaftsformen zu organisieren, ja es ist nicht einmal gelungen, ein Wirtschaftsband zwischen ihnen und der städtischen Produktion zu knüpfen. Der Bauer liefert seine Produkte nicht ab, weil er keinen entsprechenden Gegenwert erhält; wird er zur Ablieferung gezwungen, so schränkt er die Produktion auf den Eigenbedarf ein. Es besteht also das selbe oder ein noch schärferes Kampferhältnis zwischen Stadt und Land als in den kapitalistischen Staaten Mitteleuropas, die mit der Zwangswirtschaft gesegnet sind. Die Schwäche der kommunistischen Regierung gegenüber den Bauern ist ihre Stärke gegenüber dem Ansturm der Reaktion und der kapitalistischen Außenwelt, denn nur die Kapitulation vor den Bauern führt ihr die Streikkräfte im Kampf gegen außen zu.

Auf der breiten Grundlage der privatwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft erhebt sich ein schmaler Ueberbau einer staatskapitalistisch organisierten Industrie. Es fehlt der russischen Organisation der Industrie die wichtigste Bedingung einer wahrhaft sozialistischen Wirtschaftsform: die Herrschaft des Proletariats über die Produktion. Nirgend haben die Arbeiter so wenig in der Produktion mitzusprechen, nirgend haben sie so wenig Einfluß auf die Arbeitsbedingungen und Löhne — nirgend so wenig wirtschaftliche und politische Rechte, wie in Russland. Der einzige Unterschied gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaftsorganisation ist der, daß an Stelle des privatkapitalistischen Unternehmers der von der Regierung eingesetzte Produktionskommissar getreten ist, an Stelle des kapitalistischen Profits der Zucker- und Schmelzhandelsprofit, der in die Taschen der Bauern, der illegalen Schlüsselhändler, aber auch der Produktionsleiter und der sonstigen Sowjetbeamten fließt.

Aber selbst diese Wirtschaftsform, die, wenn auch nicht sozialistisch, so doch in gewissem Sinne gemeinwirtschaftlich ist — ist doch an Stelle des wilden Konkurrenzkampfes und der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft eine zentrale Regelung und Leitung der Produktion getreten —, läßt sich auf die Dauer nicht rein aufrechterhalten. Da die landwirtschaftliche Produktion — für Russland mehr als für alle andern Länder der Mutterboden der industriellen Produktion — durch die Agrarrevolution ins Mark getroffen wurde und das wirtschaftliche Band zwischen Stadt und Land zerriß und trotz aller verzweifeltten Anstrengungen der Sowjetregierung noch nicht wieder geknüpft werden konnte, da ferner die industrielle Produktion infolge der furchtbaren Verelendung des Proletariats und des Fehlens jeglichen Antriebes zur Anspannung aller produktiven Kräfte auf ein Minimum gesunken ist, bleibt dem bolschewistischen Russland kein anderer Weg mehr zur Rettung aus seiner furchtbaren wirtschaftlichen Not, als die Rückkehr zur kapitalistischen Wirtschaft.

Der Sowjetregierung ist es bisher gelungen, durch einen glänzenden organisierten und rücksichtslos und brutal arbeitenden bürokratischen und militärischen Herrschaftsapparat den politischen Zusammenbruch zu verhindern. Der wirtschaftliche Zusammenbruch kann freilich durch die bestorganisierte Armee nicht aufgehalten werden. Ebenso wird es der Sowjetregierung auch weiterhin gelingen, den Einbruch der kapitalistischen Wirtschaft in Russland auf dem Wege der militärischen Invasion aufzuhalten, aber sie kann nicht verhindern, daß er auf dem Wege der wirtschaftlichen Durchdringung erfolgt, ja, sie muß selbst ihre Hand dazu bieten, daß die russische Erde und das russische Volk Ausbeutungsobjekt